

Christiane Eifert

Frauenforschung zur deutschen Nachkriegszeit, 1945–1961

Forschungen zur deutschen Nachkriegszeit haben hohe Konjunktur, seit mit der Auflösung der DDR und dem Zusammenschluß der zwei deutschen Staaten im Herbst 1990 neue Forschungsinteressen geweckt und der Zugang zu neuen Materialien eröffnet wurden. Die gegenwärtigen kulturellen Konfrontationen im „Zusammenwachsen“ zweier deutscher Gesellschaften bilden den Ausgangspunkt vieler Fragen, die vor allem auf einen systematischen Vergleich der jeweiligen Entwicklungen in Ost und West gerichtet sind. Dieser Trend hat auch die Frauenforschung erfaßt.

Drei Tage lang trafen sich Anfang Dezember 1991 in dem ehrwürdigen Karl-Marx-Zimmer der Berliner Humboldt-Universität 24 Wissenschaftlerinnen und ein Wissenschaftler aus den beiden ehemaligen deutschen Staaten, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, um über Frauenforschung in der deutschen Nachkriegszeit zu diskutieren. Eingeladen wurden sie von der Historikerin Jan Lambertz und der Soziologin Irene Stoehr,

die die Arbeitstagung organisiert hatten. Ziel des interdisziplinären Treffens war es, einen ersten Gesprächszusammenhang herzustellen, in dem Gelegenheit zum Austausch über Forschungsprojekte und -ergebnisse sowie von Informationen über Archive und die in ihnen zugänglichen Materialien geboten wurde. Das Programm der Tagung sah demgemäß auch keine Aufteilung in Arbeitsgruppen, sondern die gemeinsame Diskussion von vier „großen Themen“ vor.

Zum ersten Thema „Alltag unter den Siegermächten und Besatzungspolitik“ gab Atina Grossmann, New York, eine Einführung. Sie kennzeichnete die unmittelbaren Nachkriegsjahre als eine „hochpolitisierte Zeit“. Eine These der Emigrationsforschung, daß Frauen anpassungsfähiger und flexibler als Männer seien, müsse für die Nachkriegsjahre überprüft werden, deren Alltag durch extreme Härte geprägt gewesen sei. Ein Bereich, in dem die Verquickung von Politikverständnis und Alltag besonders hervortrete, sei die Sexualität. In der sich anschließenden Diskussion

wurde vor allem über Vergewaltigungen als reale Erfahrung wie als Erzählung gesprochen.

Im zweiten thematischen Block über „Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus und Entnazifizierung“ stellten Helen Jones, Liverpool, und Hanna Schissler, Washington, einleitend ihre Forschungen über die alliierte Frauenpolitik vor. Beide unterstrichen, daß sich die Entnazifizierungsprogramme der Alliierten vorrangig an Männer gerichtet haben, während für Frauen erst später Demokratisierungsprogramme (*reeducation*) installiert wurden. Jones betonte, daß die britischen Alliierten keine einheitliche Vorstellung davon gehabt hätten, welche „Erziehung zu guten Bürgerinnen“ den Frauen in ihrer Besatzungszone zukommen solle. Die Kenntnisse über die Situation von Frauen in Deutschland seien zudem äußerst gering gewesen, dominiert habe die Vorstellung, Frauen konzentrierten sich in autoritären Eheverhältnissen völlig auf „Kinder und Küche“. Daher, so schloß Jones, gewährten die Materialien über die Frauenpolitik in der britischen Besatzungszone vorrangig Einblick in die frauenpolitische Diskussion in Großbritannien. Daß die Archivalien über die Besatzungspolitik hauptsächlich Aufschluß über die jeweilige alliierte Gesellschaft geben, wurde von Hanna Schissler auch hinsichtlich der US-Militärregierung bestätigt. Sie wies zudem darauf hin, daß sich die Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse wie jede auf gesellschaftliche Stabilisie-

rung zielende Politik in dem Spannungsfeld von Anti-Nationalsozialismus, Anti-Kommunismus und Aufbau einer freien Marktwirtschaft vollzogen habe.

Neben diesen beiden Referaten stellte Dagmar Reese, Berlin, die Ergebnisse ihrer Forschungen über die Auseinandersetzungen weiblicher Jugendlicher mit dem Nationalsozialismus vor. In der anschließenden Diskussion wurde der Frage nachgegangen, wie die Bewältigung „zweier Vergangenheiten“, der verbrecherischen des Nationalsozialismus und der des individuellen Opferseins unter den Wirkungen des Krieges, sich für Männer und Frauen darstellte.

Heide Fehrenbach, Hamilton N.Y., machte am Beispiel des Filmes *Die Sünderin* auf die Deutungsmuster aufmerksam, die von der Filmindustrie zur Bewältigung von Vergangenheit angeboten wurden und die auf harsche Kritik insbesondere konservativer Kreise stießen. Offen blieb die Frage, inwieweit die nationalsozialistische Vergangenheit nachträglich in eine männliche Vergangenheit umgewandelt wurde, da sie mittels der Figur des heldischen Antifaschisten bearbeitbar wurde, während die „zweite Vergangenheit“ zu einer weiblichen Vergangenheit stilisiert wurde, in der die Erfahrungen eines Opfers des Bombenkrieges unbearbeitbar blieben.

Der dritte Diskussionsblock war dem Thema „Die Entwicklung der Sozialpolitik in BRD und DDR“ gewidmet. Zuerst stellte Robert Moeller, Irvine Cal., seine Thesen zur bundesrepublikanischen Sozialpolitik in den 1950er Jahren vor. Er argumentierte, daß die Dis-

kussion über Sozialpolitik sowohl von der nationalsozialistischen Vergangenheit wie vom zeitgenössischen Antikommunismus geprägt gewesen sei. Im Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion habe das Wunschbild der Familie als Kern einer neuen, demokratischen, klassenlosen Gesellschaft gestanden. Dorothee Wierling, Essen/Leipzig, erläuterte den Prozeß der Konsensbildung zwischen Frauen und dem Staat an drei Beispielen aus der Sozialgesetzgebung der DDR: den Gesetzen über Mutter- und Kinderschutz, Frauenförderung und Qualifizierung sowie das Babyjahr. Unter Rückgriff auf Interviews zeigte Wierling, daß Erfahrungsmuster und Handlungsstrategien von Frauen in dem Konflikt zwischen Familien- und Erwerbsarbeit gestanden haben. Die Diskussion konzentrierte sich stark auf die Frage, inwieweit der Ansatz der Systemkonkurrenz zur Erklärung der jeweiligen Sozialpolitik beiträgt.

Das letzte der „großen Themen“ galt „Frauen im politischen Umbruch: Frauenausschüsse, Organisationen, Gewerkschaften, Parteien, Feminismus“. Renate Genth, Hannover, referierte über die Frauenausschüsse; Rita Pankowsky, Berlin, sprach über den Demokratischen Frauenbund Deutschlands; Irene Stoehr, Berlin, berichtete über Nachfolgeorganisationen der sogenannten bürgerlichen Frauenbewegung, den Berliner Frauenbund und den Staatsbürgerinnenverband. Einleitende Vorträge und Diskussion konzentrierten sich sehr auf die Berliner Verhältnisse.

Es wurde versucht, personelle, programmatische und strukturelle Kontinuitäten in den genannten Verbänden, in Gewerkschaften und Parteien zu klären. Gefragt wurde weiter nach dem Einfluß des wachsenden Systemkonfliktes auf die politischen Handlungsräume von Frauen.

Die Frauenforschung zur deutschen Nachkriegszeit ist durch diese vom Förderprogramm Frauenforschung des Berliner Senates finanzierte Arbeitstagung ein gutes Stück vorangekommen. Etliche Kontakte sind gestiftet, Gespräche begonnen, Ideen und Informationen ausgetauscht worden. Ein Anfang ist gemacht; wie weit er trägt, wird sich zeigen.